

K-3-5 V Migration und Integration

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.03.2021
Tagesordnungspunkt: 4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sachsen- Anhalt

Text

3699 V Migration und Integration

3700 Einwanderung nach Deutschland und auch nach Sachsen-Anhalt ist Realität.
3701 Menschen kommen in unserer Bundesland, weil sie hier nach Sicherheit, Arbeit und
3702 einem Zuhause suchen. Sachsen-Anhalt kann Heimat für sie werden. Dafür wollen
3703 wir uns einsetzen, denn noch ist unser Bundesland für viele Menschen nur
3704 Durchgangsstation.

3705

3706 Ein Asylverfahren darf dabei nicht die einzige Chance für Menschen sein, die
3707 einwandern möchten. Bedingt durch demografischen Wandel und einen immer
3708 stärkeren Fachkräftemangel sind wir auf Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland
3709 angewiesen. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene dafür ein, dass ein
3710 umfassenderes Zuwanderungsgesetz erarbeitet wird. Bis dahin wollen wir
3711 landesseitig alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, gelingende
3712 Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt zu ermöglichen.

3713

3714 Unser Land wird durch Einwanderung vielfältiger. Wir gestalten die
3715 Einwanderungsgesellschaft mit und stellen uns den Herausforderungen. Gelingende
3716 Zuwanderung ist ein wechselseitiger Prozess, der die Bereitschaft aller
3717 Beteiligten voraussetzt, in unserer Gesellschaft zusammenzuleben.

3718

3719 Das Wahlrecht für Migrant*innen, die dauerhaft in Sachsen-Anhalt leben ist ein
3720 wichtiger Baustein, um echte Mitbestimmung zu gewährleisten. Wir wollen uns
3721 außerdem auf Bundesebene dafür einsetzen, den Erwerb der deutschen
3722 Staatsangehörigkeit zu vereinfachen.

3723 Humaner Umgang mit Geflüchteten

3724 Wir stehen für respektvollen und zugewandten Umgang mit allen Menschen
3725 unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Allen Menschen wollen wir daher Zugang
3726 zu Sprachkursen, Bildungsmöglichkeiten, Ausbildung, Arbeitsmarkt,
3727 Gesundheitsversorgung, Hilfs- und Unterstützungsangeboten jederzeit ermöglichen.

3728 Die zentrale Unterbringung über einen längeren Zeitraum lehnen wir ab und
3729 plädieren für eine dezentrale Unterbringung in den Landkreisen und kreisfreien
3730 Städten. Die isolierte Unterbringung in zentralen Unterkünften ohne wirkliche
3731 Privatsphäre stellt eine hohe Belastung für die Betroffenen dar. Die Corona-
3732 Pandemie hat noch einmal aufgezeigt, dass diese Form der Unterbringung
3733 ungeeignet ist und für die Betroffenen ein Gesundheitsrisiko darstellt.

3734 Die bestehende Wohnsitzauflage gemäß § 12a Aufenthaltsgesetz hat sich als
3735 unwirksam und als Belastung für die Betroffenen erwiesen. Wir wollen sie
3736 streichen.

3737 Wir verteidigen das individuelle Grundrecht auf Asyl. Wir setzen uns daher für
3738 individuelle Verfahrensberatung, Zugang zu qualifizierten Dolmetscher*innen und
3739 juristischer Beratung durch Anwäl*innen, sowie zivilgesellschaftliche Träger
3740 der Flüchtlingsarbeit ein. Wo humanitäre Aufenthaltstitel erteilt werden können,
3741 soll diese Möglichkeit genutzt werden. Den Zugang zur Härtefallkommission wollen
3742 wir erleichtern. Abschiebungen sind nur in unausweichlichen Fällen zu
3743 vollziehen. Abschiebungen in Kriegsgebiete lehnen wir ab. Familien mit
3744 Minderjährigen sind grundsätzlich nicht zu trennen. Abschiebehaft lehnen wir
3745 grundsätzlich ab.

3746 Landesaufnahmeprogramm schaffen

3747 Die Bilder des brennenden Flüchtlingslagers Moria haben uns allen aufs Neue vor
3748 Augen geführt, dass an den Rändern Europas Menschen unter Duldung der
3749 europäischen Regierungen in inhumanen Verhältnissen leben müssen. Bisher haben
3750 wir sie im Stich gelassen.

3751 Wir setzen uns für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein, die Fluchtursachen
3752 wirksam bekämpft, Geflüchtete in den Herkunftsländern unterstützt, sicheren
3753 Transit ermöglicht und humanitäre Aufnahme in Europa solidarisch gewährleistet.
3754 Das muss auch für alle gelten, die zum Teil bereits seit Jahren an den
3755 europäischen Außengrenzen gestrandet sind.

3756 Sachsen-Anhalt kann diese Krise nicht allein lösen. Aber wir können etwas tun,
3757 um wenigstens in einigen Fällen das Elend zu lindern. Wir wollen ein
3758 Landesaufnahmeprogramm initiieren, das die Aufnahme von Geflüchteten über den
3759 bundesweiten Verteilerschlüssel hinaus ermöglicht.

3760 LSBTIQ*-Flüchtlinge besser schützen

3761 LSBTIQ* sind in vielen Ländern der Erde gefährdet oder verfolgt. Sie gehören
3762 auch innerhalb der Gruppe der Geflüchteten zu den vulnerablen Personen. LSBTIQ*-
3763 Geflüchtete sollen besonders berücksichtigt und unterstützt werden. Für diese
3764 fordern wir ein unbürokratisches Aufenthaltsrecht. Außerdem sollen sie aufgrund
3765 ihrer besonderen Gefährdungslage innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften sofort
3766 dezentral untergebracht werden. Umfangreiche Informationen über Beratungs- und
3767 Hilfsangebote im LSBTIQ*-Bereich in ihrer Muttersprache sollen vom Land
3768 bereitgestellt werden.

3769 Zuwanderung erleichtern

3770 Sachsen-Anhalt braucht Zuwanderung. Die Bevölkerung unseres Landes ist im
3771 Durchschnitt besonders alt und schrumpft weiterhin. Ohne Zuwanderung wird sich
3772 die demografische Lage absehbar nicht stabilisieren. Schon heute stellen
3773 Überalterung und fehlender Nachwuchs ein spürbares Problem für die Wirtschaft
3774 und das soziale Leben insbesondere in den ländlichen Räumen dar. Dennoch macht
3775 es Sachsen-Anhalt Migrant*innen durch zu unübersichtliche Behördenstrukturen und
3776 eine fehlende Willkommenskultur in den Behörden in vielen Fällen deutlich zu

3777 schwer, hier Fuß zu fassen und heimisch zu werden. Wir wollen die
3778 Verwaltungsstrukturen so ausgestalten, dass sie als Dienstleistungs- und
3779 Willkommensbehörden für die Migrant*innen fungieren können. Die Erfahrungen der
3780 Migrationsagentur des Burgenlandkreises wollen wir uns dabei zunutze machen.

3781 Bei der Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse und Berufsqualifikationen muss
3782 das Land alle gesetzgeberischen Möglichkeiten nutzen, um die Anerkennung zu
3783 erleichtern.

3784

3785 Die vom Bundesgesetzgeber geschaffene Möglichkeit der Ausbildungsduhlung
3786 ermöglicht einen Spurwechsel in den Arbeitsmarkt und einen ggf. dauerhaften
3787 Aufenthalt für Menschen ohne Bleibeperspektive im Asylrecht. Wir wollen dieses
3788 Instrument im Interesse der Betroffenen, der sachsen-anhaltischen Wirtschaft und
3789 unseres Landes umfassend nutzen.

3790 Unionszuwanderer*innen unterstützen

3791 Die stärkste Gruppe an Zuwanderer*innen in Sachsen-Anhalt bilden die
3792 Unionsbürger*innen. Um einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt und in
3793 die Gesellschaft zu gewährleisten, ist es wichtig, dass grundlegende
3794 Informationen in Behörden und öffentlichen Stellen zumindest in den am
3795 häufigsten vertretenden EU-Sprachen verfügbar sind und dass Beratungsstellen für
3796 Arbeitsrecht, Sozialrecht und Antidiskriminierung in diesen Sprachen beraten
3797 können. Einfache Sprache in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung mit
3798 Bürger*innenkontakt macht es für alle Menschen leichter, mit Ämtern zu
3799 kommunizieren.

3800 Runden Tisch „Faire Beschäftigung von Migrant*innen“ 3801 einsetzen

3802 Wir sehen gute Bildung als den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit. Wir wollen
3803 die Rahmenbedingungen so setzen, dass für zukunftsfähige Arbeitsplätze auch
3804 Fachkräfte zur Verfügung stehen. Die europäische Arbeitsmarktintegration und die
3805 Einwanderung sehen wir als Mittel gegen Fachkräftemangel und als Chance für
3806 unseren Arbeitsmarkt.

3807 Den Fachbeirat „Faire Beschäftigung für Migrantinnen und Migranten“ wollen wir
3808 unter/mit der Beteiligung von Migrant*innenverbänden zu einem
3809 interministeriellen und behördlichen Runden Tisch weiterentwickelt .Das
3810 Modellprojekt der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben „Beratung migrantischer
3811 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ soll dauerhaft vom Land gefördert werden.
3812 Nur so werden wir Möglichkeiten erhalten, die sinnvolle Zunahme ausländischer
3813 Arbeitnehmer*innen strukturiert zu begleiten. Gegen ausbeuterische und illegale
3814 Beschäftigung braucht das Landesamt für Verbraucherschutz mehr Personalstellen,
3815 um die Kontrolldichte im Land zu erhöhen.

3816 Ausländer*innenbehörden zu Willkommenszentren gestalten

3817 Behördengänge sind für Migrant*innen in Sachsen-Anhalt oft eine besondere
3818 Belastung, weil sie oft geringschätzig behandelt werden. Das wollen wir ändern.
3819 Wir setzen uns dafür ein, dass ein Maßnahmenplan für das ganze Land entwickelt

3820 wird, damit die Ausländer*innenbehörden im Land zu echten Willkommenszentren
3821 werden. Dazu gehört für uns insbesondere sprachlich und interkulturell
3822 qualifiziertes Personal. Eine Trennung der aufenthaltsrechtlichen Bearbeitung
3823 von allen anderen Fragestellungen ist dabei unerlässlich, um einen fairen Umgang
3824 zu sichern. Willkommen heißen und ankommen lassen – das zeigt sich auch in
3825 klaren Strukturen, die jede*r nachvollziehen und verstehen kann. Deshalb wollen
3826 wir in der Landesregierung die Kompetenzen für Zuwanderung und Integration im
3827 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration bündeln.

3828 Migrantische Selbstorganisation stärken

3829 Zusammenleben gelingt vor Ort und wächst von unten. Wir wollen migrantisches
3830 Engagement fördern. Deshalb stärken wir migrantische Selbstorganisation durch
3831 eine Förderrichtlinie des Landes.